

# „Wir können Regierung“

**GRÜNER NEUJAHRSSTREIF:** Ausführungen von MdL Josha Frey

SCHOPFHEIM (jry). „Unser Land steht gut da“, erklärte der Landtagsabgeordnete Josha Frey beim Neujahrstreffen der Grünen. „Wir haben überwiegend gezeigt, dass wir nicht nur Opposition können, Wirkliches auch Regierung.“ In den Zureichern bei dem letzten Kommunalwahlen habe sich das positive Feedback der Bürger ausgedrückt. Das gebe Zuversicht für die Landtagswahl im März.

„Was wir begonnen haben, wollen wir auch fortsetzen“, erklärte Josha Frey. In den vergangenen Jahren habe die Landesregierung eine Herkulesaufgabe gemeistert und die strukturelle Defizite, die von der Vorgängerregierung übernommen worden war, von zwei Milliarden jährlich auf 800 Millionen Euro reduziert.

Mit Beschlüssen sollte der Abgabenteil bei der Verfall von der ersten Planung bis zum Bau von Windrädern von fünf Jahren auf drei Jahre gesenkt werden. „Das könnte auch schneller gehen.“ Man habe aber unterschätzt, wie viel Widerstand aus dem Verwaltungsbereich, so der Abgeordnete, der aber betonte: „An der stärkeren Nutzung der Windkraft geht kein Nagel vorbei. Ich hoffe weiter auf fünf plus fünf Windräder in unserem Landkreis.“

Ein weiteres wichtiges Thema für ihn sei die Entlastung der Hochleistungsstraßen. „Hier waren wir noch etwas weit weg davon.“ Zuvörderst ergab er sich auch, was den Ausbau des Regel-Straßensystems auf der Strecke Bad Säckingen – Wehr – Schopfheim angeht. Kritik über es an der Opposition. Anstatt an Alternativen und Übergangsmassnahmen mitzuarbeiten, würden von der Opposition einige The-

men skandalisiert und nicht korrekt dargestellt. In der Diskussion wurde Frey gefragt, wie sich die Regierung zur Frage des Sozialen Wohnungsbau stelle. Es herrsche Knappheit an bezahlbaren Wohnungen, räumte der Abgeordnete ein. Bei Neubausen müsse die Priorität auf die Innenentwicklung gelegt werden. Die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau seien



Josha Frey SPD www.gdnet.de

allerdings zu niedrig. „Da müssen wir nachjustieren.“ Inwieweit wurde diskutiert, wie man Bürgern die Angst nehmen könne, dass Mittel für die Flüchtlinge zu Lasten der einheimischen Bürger, der Arbeitslosen oder der Sozialhilfe-Empfänger gehen. Bei den Unterbringungsprogrammen für bedürftige Menschen werde es keine Kürzungen geben, betonte Frey. Eine Kooperationsinitiative könne sich bei bezahlbaren Wohnungen ergeben. Hier sei eine stärkere Unterstützung der Kommunen nötig.